

Dr. Volker Külow

**Referat auf der 4. Tagung des 4. Stadtparteitages DIE LINKE. Leipzig am
21. November 2015**

Liebe Genossinnen und Genossen,

die dramatischen Ereignisse von Paris, das brutale und abscheuliche Blutbad islamistischer Terroristen, beherrscht seit dem letzten Wochenende die internationale Politik, die westliche Medienöffentlichkeit sowie das Denken und Fühlen vieler Menschen auch in unserem Land. Der ebenso bestialische Bombenanschlag in Beirut oder das Attentat auf die russische Passagiermaschine über dem Sinai sind hingegen schon wieder weitgehend vergessen. Führende Politiker – nicht nur in Frankreich – reden wie schon nach dem 11. September 2001 ungeniert von Krieg. Und die Medien stimmen als vierte Teilstreitkraft in diesen Tenor fast einhellig ein. Der Bezug auf den 11. September ist in einer Hinsicht durchaus angebracht, denn der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ der von den USA geführten Koalition führte bekanntlich zwar fast ausnahmslos zum gewünschten Regime Change in Ländern wie Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien und Jemen. Er zerstörte aber zugleich funktionierende Staaten und schuf das Fundament für die Entstehung des IS. Auch die taktisch motivierte Unterstützung des Westens für seine arabischen Verbündeten (insbesondere Saudi-Arabien) und die Türkei - beide Staaten haben mehr als klammheimliche Sympathie für die Jihadisten in Afghanistan, Libyen und Syrien - trug zum Aufstieg der neuen Terrornetzwerke von Al-Qaida, über Boko Haram bis zum IS bei. An dieser Entwicklung war

und ist Frankreich unter den Präsidenten Sarkozy und Hollande übrigens aktiv beteiligt und pflegt z.B. in Mali noch eigene imperialistische Interessen als einstige Kolonialmacht. Jetzt will man in Paris noch den vermeintlichen Joker ziehen und die EU-Beistandsklausel aktivieren - eine bislang singuläre Maßnahme, die sämtliche EU-Staaten, auch Deutschland, grundsätzlich zu militärischen Hilfeleistungen verpflichtet. Die Bundesregierung schließt eine militärische Unterstützung für Frankreichs Luftschläge gegen den "Islamischen Staat" (IS) allerdings aus. Hinter dem französischen Drängen steckt nicht zuletzt das Aufbegehren gegen die deutsche Dominanz in der EU: Paris will seine herben Einflussverluste der vergangenen Jahre auf den zentralen Feldern der Ökonomie und der Außenpolitik durch militärische Offensiven im Kampf gegen den IS, in dem es bereits jetzt eine bedeutende Rolle spielt, zumindest teilweise wettmachen und die EU bei seinem Syrien-Feldzug hinter sich scharen. Berlin verweigert sich, um dem französischen Rivalen keinen strategischen Vorteil einzuräumen. Wäre doch gelacht, wenn man zur EU-Hegemonialmacht aufsteigt und dann dem Juniorpartner plötzlich nachgibt. Lieber plant man einen Bundeswehreinsatz in Syrien. Die CSU erwägt darüber hinaus eine Grundgesetzänderung, um die Befugnisse der Bundeswehr endlich auch im Innern drastisch auszuweiten. Das führt zu einer Militarisierung der Flüchtlingspolitik. Offiziellen Angaben zufolge sind mehr als 6.000 Angehörige der Bundeswehr mit administrativen Aufgaben in Bezug auf nach Deutschland einreisende Migranten befasst. Ihnen obliegt unter anderem die sogenannte

erkennungsdienstliche Behandlung der Geflohenen; diese umfasst die Aufnahme der Personalien ebenso wie das Anfertigen von Lichtbildern und die Abnahme von Fingerabdrücken. Zunehmend kommen dabei Soldaten aus Spezial- und Eliteeinheiten der deutschen Streitkräfte zum Einsatz, die bereits an Gewaltoperationen im Ausland beteiligt waren. Dies korrespondiert mit einer Vielzahl gängiger Manöverszenarien, bei denen die "Bewältigung von Flüchtlingsströmen" als integraler Bestandteil des "militärischen Auftrags" firmiert. Regelmäßig wird bei entsprechenden Übungen auch die sogenannte "zivil-militärische Zusammenarbeit" mit Hilfsorganisationen und Polizeidienststellen trainiert, die jetzt bei der Versorgung und Unterbringung von Migranten zum Tragen kommt. Während die Bundeswehr die von ihr organisierte "Flüchtlingshilfe" ausgiebig zu Propagandazwecken nutzt, steht nach wie vor die Beteiligung deutscher Soldaten an der Abschiebung unerwünschter Ausländer im Raum.

Die Festung Europa soll durch die Verschärfung des Asylrechts, durch dauerhafte Verschärfung der Kontrollen an Europas Außengrenzen wie gestern beschlossen, stärker abgeschottet werden. Bürgerrechte und Demokratie werden immer mehr zu Floskeln, der Ausnahmezustand wird de jure zur Normalität. Die Gewaltpolitik der neoliberalen Regierungen in Europa weist damit immer mehr faschistoide Züge aus, der Übergang zu autoritärer Herrschaft ist offenkundig. Dieser massive politische Rechtsruck wird von einem ideologischen

Hegemoniewechsel flankiert. Rassisten, neofaschistische Hetzer, völkische Bewegungen haben in vielen Ländern Europas Hochkonjunktur, in Ost- und Südosteuropa erfreuen sie sich der besonderen Unterstützung des Westens.

Diese offenkundige Entwicklung wird von der veröffentlichten Meinung in unserem Land kaum thematisiert oder ganz beschwiegen. In diese Schweigespirale gehört auch der unbestreitbare Fakt, dass der „Krieg gegen den Terror“ ein gigantisches Geschäft ist. Der zweifache Pulitzerpreisträger und Autor der „New York Times“ James Risen hat soeben sein Enthüllungsbuch mit dem Titel „Krieg um jeden Preis“ vorgelegt. Er zeigt das unvorstellbare Ausmaß der verborgenen Kosten dieses Krieges, erzählt von Profitgier der US-Waffenlobby, von verschwendeten und verschwundenen Milliarden von Dollar. Ich will zumindest vier von dutzenden erschreckenden Zahlen aus dem Buch nennen. Es gibt in den USA über 1.200 staatliche Stellen, Ämter, Behörden und Ministerien und beinahe 2.000 Privatunternehmen, die in den Bereichen Terrorbekämpfung, Heimatschutz und Geheimdienstprogramme tätig sind. Über 850.000 Menschen in den USA verfügen über die Zugangsberechtigung für Verschlussachen höchster Geheimhaltungsstufe und produzieren jährlich 50.000 Geheimdienstberichte.

In den meisten Medien findet man dazu kein Wort. Sie begleiten lieber die Kriegsrhetorik der Politik mit dem, was sie offenkundig am besten können:

Stahlgewitterjournalismus. Die innere Formierung der öffentlichen Meinung und die publizistische Einstimmung auf einen "Weltkrieg" wird im Spektrum der großen überregionalen Medien in der Bundesrepublik zur Zeit nur von einer bekannten Wirtschaftszeitung, dem „Handelsblatt“, durchbrochen. Die meisten anderen Medien betreiben geistige Mobilmachung und hetzen die Bevölkerung für den Krieg auf. Eine tiefere Ursachenanalyse des Geschehens in Paris und anderswo findet entweder gar nicht oder viel zu wenig statt. Die politischen und medialen Scharfmacher predigen noch mehr Gewalt, „bis der letzte Terrorist eliminiert ist“. Es gibt ihn aber nicht, den letzten Terroristen. Als am 11. September 2001 in New York Flugzeuge in das World Trade Center flogen und viele hunderte Menschen töteten, waren einige der jungen Pariser Attentäter noch Kinder. Sie sind, so viel kann man heute schon absehen, aufgewachsen unter sozialen und menschlichen Bedingungen, die sich die wenigsten von uns vorstellen können. Ihre ganze Jugend war einerseits begleitet von der Gefahr, als potentieller Terrorist aufzufallen, wenn man sich ein wenig zu viel in religiösen oder arabischen Zirkeln aufhält, und von der Erfahrung, dass der Westen ohne Rücksicht auf Verluste ganze Länder zusammenbombt und hunderttausende von Toten in Kauf nimmt, wenn es darum geht, „Sicherheit“ für seine Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

Es gibt aber keine umfassende Sicherheit. Flugzeuge kann man sichern, auch öffentliche Gebäude oder wichtige Politiker. Für den Bürger aber gibt es keine

Sicherheit. Wer das System treffen will, das in den Augen dieser jungen Leute so absolut zerstörerisch und lebensbedrohend wirkt, kann überall zuschlagen. Für sie ist gleich, wen es trifft, wenn es nur dieses System trifft. Der französische Sozialarbeiter Djamel Guessoum hat heute im nd-Interview die Gründe für die islamistische Radikalisierung junger Muslime in Frankreich sachkundig dargelegt. Armut, Arbeits- und Chancenlosigkeit, Abwesenheit des Staates und Kriminalität bilden insbesondere in den Pariser Vorstädten ein hochexplosives Gemisch. Er nennt drei Dinge, die zur Lösung des Problem zwingend notwendig sind: Schulbildung, Berufsausbildung, geeignete Arbeitsplätze. Das Interview macht deutlich, dass es Sicherheit nur geben kann, wenn wir zu begreifen beginnen, dass die zornigen jungen Männer ein Produkt unserer Welt sind. Sie sind nicht Fremde, die das Böse in sich tragen, sondern sind das Ergebnis der Fehleinschätzungen und Kaltschnäuzigkeit des Westens, wenn es darum geht, zu Hause die potentiell Verdächtigen aufzuspüren und woanders mit Bomben und Drohnen für „Ordnung“ zu sorgen. Es ist ein Klischee, aber es bewahrheitet sich immer wieder: Wird ein Terrorist getötet, treten an seine Stelle zehn neue. Die vier US-amerikanischen Drohnenpiloten Brandon Bryant, Cian Westmoreland, Stephen Lewis und Michael Haas haben diesen Zusammenhang dieser Tage in einem Offenen Brief, den Zeit online dokumentiert, dargelegt. Mit Bezug auf die Obama-Administration stellen sie fest: „Diese Regierung und ihre Vorgängerregierung haben ein

Drohnenprogramm aufgesetzt, das eine der verheerendsten Triebfedern des Terrorismus und der Destabilisierung weltweit ist.“

Beim islamistischen Terror wie bei fast allen anderen Problemen folgt die herrschende Politik einfachen, ja primitiven Mustern, die nicht nur die Probleme nicht lösen, sondern ständig neue schaffen. Man muss es sich vorstellen, die EU hat tatsächlich vorige Woche geschafft, in aller Eile einen Europa-Afrika-Gipfel auf Malta abzuhalten, wo man den Afrikanern ein wenig Geld versprochen hat, wenn sie sich anstrengen, ihre Leute zu Hause zu behalten. Auch einen Syrien-Gipfel, der nach einer friedlichen Lösung suchen sollte, gab es plötzlich, nachdem man seit Jahren mit den verschiedensten militärischen Interventionen das Chaos und das Unglück in dem Land vergrößert hat. Von einer langfristigen wirtschaftspolitischen Strategie für Afrika war so wenig die Rede wie von einer neuen Friedensstrategie für Syrien und den gesamten Mittleren Osten. Man spürt förmlich, wie eine Krise nach der anderen die Politik immer wieder aus tiefem Schlaf aufweckt, so dass sie erst einmal unkontrolliert um sich schlägt.

Auch jetzt sind die Scharfmacher schon wieder unterwegs. Noch mehr Gewalt werden sie predigen. Die richtige Antwort wäre gewesen, den Drohnenkrieg und die Bombardierung Syriens sofort einzustellen und all den jungen Menschen, die in Europa in Gefahr sind, in die terroristische Szene abzurutschen, ein ernsthaftes Gesprächsangebot zu machen.

Die Relativierung westlicher Schuld an der Zerstörung einer wachsenden Zahl islamischer Staaten wird dabei mit der Forderung verbunden, die imperialistische Aggressionspolitik weiterzuführen und sie sogar noch zu verstärken. Der Krieg gegen den Jihadismus sei "eine Generationenaufgabe und nicht in wenigen Jahren zu erledigen", heißt es etwa: Man dürfe "nicht mit Selbstvorwürfen, mit Rückzug" oder mit "Halbherzigkeit" auf das bisherige Scheitern reagieren. Diese Forderungen gehen in konservativen wie in liberalen Medien mit der Forderung nach einer massiven Verschärfung der inneren Repression einher. Die europäischen Staaten müssten sich "mit Polizei und Geheimdiensten ..., mit Überwachung und Prävention" verteidigen, heißt es etwa. "Polizei und Nachrichtendienste" sollten "in Deutschland und Europa weiter aufgerüstet und noch stärker vernetzt werden"; helfen könne "eine gemeinsame Antiterrorzentrale der EU, mit Polizei und Nachrichtendiensten in einem Komplex". "Die für die Bundespolizei vorgesehenen, schwer bewaffneten und schnell zu verlegenden Einheiten" würden "womöglich schneller gebraucht" als gedacht. Auch sei "das Militär stärker in den Schutz der inneren Sicherheit" einzubeziehen: "Bei größerer Terrorgefahr ... sollte die Bundeswehr sofort verfügbar sein" und zumindest für den "Schutz gefährdeter Gebäude und Straßenzüge" genutzt werden. Auch gelte es "unbedingt", das Internet stärker zu überwachen.

Am schlimmsten sind diejenigen, die den Terrorismus mit der sogenannten Flüchtlingskrise ganz schnell zusammenrührten, wie es führende CSU-Politiker zynisch und demagogisch praktizierten. Dass die Flüchtlinge selbst vor dem Terror geflohen sind, wird ebenso vergessen wie die Tatsache, dass die Attentäter von Paris vermutlich ihr ganzes Leben in Europa verbracht und vielleicht genau deswegen frustriert und radikalisiert waren. Aber selbst wenn es einen Gäbe, der erst vor kurzem gekommen ist, was bedeutete das? Auch zu uns werden viele traumatisierte Menschen kommen. Was aus ihnen wird, entscheiden wiederum in erster Linie wir, nämlich durch den täglichen Umgang mit ihnen. Und es ist daher völlig richtig, dass sich unsere Partei auf allen Ebenen für einen menschenwürdigen und grundgesetzkonformen Umgang mit den Flüchtlingen einsetzt.

Zu den Schwerpunkten der internationalen Lage gehört derzeit nicht nur der Kampf gegen den Terror oder die Flüchtlingskrise. Auch die Europapolitik hält uns weiter in Atem, wenngleich die Aufmerksamkeitsökonomie der Medien auf andere Themen ausgerichtet ist. Wer achtet schon derzeit z.B. darauf, dass der von Berlin durchgesetzte Austeritätswang für die Eurozone der griechischen Regierung unter Alexis Tsipras derzeit vermutlich das politische Genick bricht oder die Bildung einer demokratisch legitimierten Regierung in Portugal blockiert. In diesem Land will man den Syriza-Effekt präventiv schon an der Wurzel bekämpfen. Bei den jüngsten Wahlen gewann der Partido Socialista

(PS) und zwei Bündnisse linker Parteien bekanntlich die Mehrheit der Parlamentssitze. Für ihren Erfolg ausschlaggebend war, dass sie die harten Kürzungsprogramme der bisherigen Regierung zurückzuweisen versprochen; weil dies aber in der deutsch dominierten EU nicht toleriert wird, lehnt Staatspräsident Silva es bislang ab, dem PS den Auftrag zur Regierungsbildung zu erteilen. Stattdessen setzte er auf den konservativen Wahlverlierer, den bisherigen Premierminister Coelho, der die Mehrheit eingebüßt hat. Portugals Regierungen seien noch nie "von der Unterstützung antieuropäischer Kräfte abhängig gewesen", ergänzt Silva mit Blick auf EU-kritische, vom Establishment ebenfalls nicht tolerierte Positionen in den beiden linken Parteienbündnissen. Die weitere Entwicklung ist nach dem Scheitern von Coelho unklar; bereits mehrfach sind in den letzten Jahren Mehrheiten und Referenden in der Eurozone nicht zum Tragen gekommen, weil sie nicht mit dem Spardiktat der EU vereinbar waren. Die Demokratie zieht den Kürzeren gegen die deutsch inspirierte Austerität.

Die Europapolitik bleibt für die LINKE nicht nur aus diesem Grund weiterhin ein ganz wichtiges Feld der politischen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung. Und ich gebe ehrlich zu, dass ich mir hier deutlichere alternative Akzente wünsche. Es ist hier heute nicht Zeit und Ort, über den viel diskutierten Plan B zu sprechen, den ich prinzipiell begrüße, auch wenn seine Konturen noch unklar sind. Wir brauchen als LINKE eine wesentlich stärkere

und theoretisch fundierte Kritik an der Verfasstheit der EU und ihrer Strukturen. Wir dürfen diese nicht den Rechtspopulisten überlassen, die keine Alternative zum Neoliberalismus sind und nationalistische und rassistische Antworten auf die Krise geben. Die deutsche Linke hat in dieser Frage eine besondere Verantwortung, denn ohne veränderte Kräfteverhältnisse in der BRD hat es jede linke Alternative in Europa schwer.

Das wissen natürlich auch unsere beiden neuen Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, die gemeinsam die Nachfolge von Gregor Gysi angetreten haben. In dieser Woche fand die Klausur der Bundestagsfraktion statt. Hinterher stellten beide unter der Überschrift „Modern: Für einen sozialen Aufbruch. Für entschlossene Friedenspolitik. Handeln aus Überzeugung“ ein Positionspapier der Fraktion mit unseren aktuellen Forderungen an die Bundesregierung und unseren alternativen Politikangeboten vor. „Es kann so nicht weitergehen wie bisher“ heißt es am Anfang des Papiers, das dann wie folgt fortsetzt: „Die falschen politischen Weichenstellungen der Vergangenheit, für die in Deutschland CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne die Verantwortung tragen, haben eine Entwicklung eingeleitet, die die Demokratie, den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die Idee des geeinten Europa und die Grundwerte einer freiheitlichen Gesellschaft zu zerstören droht. Wir brauchen einen sozialen Neubeginn, eine wirtschaftspolitische Wende, effektiven

Klimaschutz und die Rückkehr zu einer deutschen Außenpolitik, die auf Frieden und Diplomatie statt auf Waffenexporte und militärische Abenteuer setzt.

Die aktuelle Große Koalition hat kein Konzept, Deutschlands Zukunft zu gestalten. Sie agiert hilflos, planlos, ziellos. Obwohl der soziale Auftrag des Grundgesetzes allen ein menschenwürdiges Leben garantieren soll, müssen in Deutschland immer mehr Menschen mit Niedriglöhnen und Armutsrenten auskommen, wurden Investitionen und Bildungsausgaben sträflich vernachlässigt, der öffentliche Dienst kleingespart und immer mehr Aufgaben, die in öffentliche Verantwortung gehören, dem Markt übertragen. Probleme wie der Mangel an Lehrern, Finanznot in Städten und Gemeinden und das Fehlen bezahlbaren Wohnraums werden durch die große Zahl der Flüchtlinge verschärft, aber neu sind sie nicht. Seit Jahren schon driftet unsere Gesellschaft auseinander, die Ungleichheit wächst. Den wirtschaftlichen und politischen Eliten ist der Wertekompass abhanden gekommen. Hochprofitable Konzerne nutzen jede legale und halblegale Gelegenheit, die Löhne zu drücken und sich ihrer Verpflichtungen für das Gemeinwesen zu entziehen. Windige Geschäfte, Manipulation und offener Betrug wurden von VW bis zum DFB offenbar als normale Geschäftspraktiken angesehen. Ein Land, in dem die Kinderarmut wächst, während den Reichsten erlaubt wird, ihr Geld in Steueroasen zu bunkern, wird die aktuellen Herausforderungen nicht bewältigen.“

Soweit das Papier der Bundestagsfraktion. Neben diesem Text gibt es auch von unseren beiden Parteivorsitzenden eine Erklärung zur aktuellen politischen Situation, die sicher nicht zufällig am 9. November, dem 77. Jahrestag der Reichspogromnacht, veröffentlicht wurde. Unter der Überschrift „Flucht-Umlage und europäische Investitionsoffensive“ fordern sie zu einer solidarischen Antwort auf die Flüchtlingsfrage in der EU auf. Da gleich Rico zur Flüchtlingsfrage und zur konkreten Situation in Sachsen ausführlicher sprechen wird, möchte ich auf das Kipping/Riexinger-Papier und das Thema Flüchtlingskrise nur an einem Punkt näher eingehen, wenn ich jetzt etwas zur politischen Situation in unserer Stadt sage.

Leipzig ist trotz aller derzeitigen Herausforderungen und Belastungen quasi eine politische „Insel“ im CDU-geführten, politisch schwarzen Kaltland Sachsen, darüber darf man sich keine Illusionen machen, ohne falschem Lokalpatriotismus zu frönen. Während Pegida in Dresden und andere Gidas in sächsischen Städten zumeist in der Mehrzahl ist, schaffen wir bislang immer noch Montag für Montag mehr Gegendemonstranten auf die Straße zu bringen als Legida. Das war übrigens auch am Mittwoch bei der Demo der AfD der Fall. Ich hoffe, das bleibt auch weiterhin so, denn Leipzig setzt damit ein wichtiges Zeichen in diesen schlimmen Zeiten: in diesem Jahr wurden bundesweit schon über 600 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte registriert; bei 543 davon gehen die Behörden von einem rechtsextremen Hintergrund aus. Vier Jahre nach

der Zerschlagung des NSU steht die Bundesrepublik vor einem Scherbenhaufen. Die mutmaßlichen Mörder sind zwar tot oder in Haft, aber der Geist der Gewalt, den sie verbreitet haben, vagabundiert durch unser Land, durch Sachsen und manchmal leider auch durch unsere Stadt.

Die Leipziger Linke kämpft unter dem Slogan „Refugees welcome“ aktiv gegen Rassismus, gegen rechte Gewalt und gegen Ausländerfeindlichkeit. Mit unseren Mitgliedern wirken wir aktiv in den entsprechenden zivilgesellschaftlichen Strukturen wie den Bündnissen „Willkommen in Leipzig“ und „Leipzig nimmt Platz“ mit, wengleich ich mir Montagabend bei den Antilegidademonstrationen mehr Vorortpräsenz der Partei wünsche. Ich weiß natürlich, dass sich viele Genossinnen und Genossen in Flüchtlingsinitiativen in den Stadtbezirken und Ortseilen engagieren, sie helfen in Unterkünften, sammeln Geld und Sachspenden; dafür möchte ich sowohl diesen Parteimitgliedern, aber darüber hinaus allen ehrenamtlich Engagierten an dieser Stelle ganz herzlich danken.

Die Stadt, die Verwaltung, wir alle, sind gefordert, dass dieses Ehrenamt weiter gestärkt wird und zivilgesellschaftliche Strukturen im notwendigen Maße gefördert werden, um ihre Angebote und Projekte fortzusetzen. Leipzig muss ein „Ort der Vielfalt“ bleiben. Auch wenn wir vor großen Herausforderungen stehen, freut sich die Leipziger LINKE über eine wachsende Stadt!

Ich weiß, dass unsere Stadtratsfraktion diesbezüglich sehr aktiv ist. Erst vorgestern setzte sie gemeinsam mit der SPD und den Grünen im Stadtrat eine

aktuelle Debatte zum Thema „Flüchtlinge in Leipzig - Wie werden die Herausforderungen angenommen und bewältigt?“ auf die Tagesordnung. In dieser Diskussion sprach auch Waad Layka vom Leipziger Flüchtlingsrat. Er stellte die Sorgen vieler Geflüchteter dar: Wann wird der Asylantrag bearbeitet? Wie geht es der Familie im Heimatland? Finde ich Arbeit? „Diese Fragen bestimmen den Alltag jedes Flüchtlings“ formulierte er.

Die Verwaltung in Leipzig bemüht sich seit Monaten intensiv, um eine möglichst angemessene Unterbringung der ca. 5.000 zugewiesenen Flüchtlinge in 2015. Derzeit sind alle städtischen Unterkünfte und angemieteten Gewährleistungswohnungen belegt. Die Stadt muss bis Ende des Jahres noch ca. 2.000 Plätze schaffen. Die derzeitige Lage ist weit entfernt von der Unterbringung, die ursprünglich 2012 beschlossen wurde. Es bleibt zu hoffen, dass aus den provisorischen Massenunterkünften keine Dauerlösungen werden, sondern dass mittel- und langfristig wieder zu kleineren Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen zurück gekehrt wird. Zur Lösung dieser Aufgabe wurde die Schaffung von über 230 dringend benötigten zusätzliche Stellen für die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge beschlossen. Über 9 Mio. Euro wird allein diese Maßnahme das kosten.

Bereits diese Zahlen zeigen, vor welchen enormen sozialen, finanziellen und auch kulturellen Herausforderungen Leipzig steht, zumal wenn im nächsten Jahr fast 7.000 Neuzuweisungen kommen und dann wahrscheinlich über 10.000

Flüchtlinge in unserer Stadt im Leistungsbezug sind. Darüber müssen wir offen und ehrlich reden. Das Stadtbild wird sich gravierend verändern, wir werden andere Kulturen und Religionen in den Stadtteilen erleben. Leipzig wird deutlich bunter und internationaler. Wir müssen sowohl die mit dieser Entwicklung verbundenen Chancen und Bereicherungen als auch zugleich die damit verbundenen Probleme erkennen, die zu Ängsten und Sorgen von nicht unbeträchtlichen Teilen der Bevölkerung führen. In der heutigen LVZ prognostiziert die Geschäftsführerin des Job-Centers beispielsweise einen Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die steigende Zuwanderung. Eine wohl noch größere Herausforderung wird zweifellos der notwendige Ausbau der sozialen Infrastruktur, vor allem die Wohnungsfrage, sein. Es bildet sich bereits eine Konkurrenzsituation im Bereich des niedrigpreisigen Wohnraums heraus, wie der Leiter des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung Karsten Gerkens vor einigen Tagen in der LVZ feststellte. Da die Stadt in ihrer Not jetzt privaten Vermietern Prämien für Belegrechte für die Nutzung von Wohnungen als Flüchtlingsunterkunft zahlt, wird sich diese Situation wahrscheinlich noch zuspitzen. Ohne tiefgreifende wohnungspolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene zum Ausbau des sozialen Wohnungsbaus wird das Problem nicht zu lösen sein; es ist gut, dass dazu ein entsprechender Antrag vorliegt. Auch die Landtagsfraktion hat die Brisanz erkannt und führt heute in Dresden unter der Überschrift „Die neue soziale Dimension des Wohnens“ eine wohnungspolitische Konferenz durch.

Die LINKE darf sich vor Diskussionen um diese und andere Folgen der Flüchtlingsproblematik nicht wegducken. Im gestern veröffentlichten ARD-Deutschlandtrend von infratest dimap gibt es Zahlen, die auch für unsere Partei ein Alarmsignal sind – eine will ich nennen: Die Errichtung von Transitzonen, von der CSU heftig gefordert und von der SPD ebenso heftig abgelehnt, findet in den Anhängerschaften aller Parteien mit Ausnahme der Grünen mehrheitlich Zustimmung. Aber selbst bei den Grünen gewinnen vier Zehntel der Maßnahme positive Seiten ab. Es ist gerade unsere Verantwortung, trotz des Erstarkens fremdenfeindlicher Bewegungen bis hinein in Teile unserer Wählerschaft und der hohen Anzahl von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte dagegen anzukämpfen, dass Flüchtlinge gegen andere von der Gesellschaft Benachteiligte ausgespielt werden. Mehr denn je ist der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung sowie die Stärkung der Willkommenskultur aktuell und notwendig.

Von der sächsischen Staatsregierung hört man bisher diesbezüglich leider sehr wenig. Das kann auch nicht verwundern, da dieses Themenfeld in das Ressort des völlig überforderten Innenministers fällt, der das Staatsversagen der CDU-SPD-Regierung in den letzten Wochen und Monaten personifiziert. Leider scheint hinter diesem Versagen Absicht zu stecken, denn die CDU spielt mal wieder mit dem nationalistischen Feuer. Geradezu groteske Töne zum Dreiklang

Ordnung, Heimat, Vaterlandsliebe, waren am letzten Wochenende auf dem CDU-Parteitag in Neukieritzsch zu hören, als Ministerpräsident Tillich beispielsweise feststellte: „Deutschland soll bleiben, wie es ist und was es ist.“ Anschließend befeuerte er noch die unselige Debatte zur deutschen Leitkultur in den sächsischen Landesfarben: „Vaterlandsliebe und ein gesunder Patriotismus sind für unsere Heimat ein wichtiger Kompass.“ Das könnte sicher in gleicher Diktion die AfD-Chefin Frauke Petry sagen. Hier wächst zusammen, was zusammen gehört. Es kann daher nicht verwundern, dass es intern in Teilen der sächsischen CDU erste Planspiele gibt, mit der AfD auf Landesebene eine Koalition anzustreben. Es ist zu befürchten, dass bei der derzeitigen Dynamik der politischen Situation die AfD nicht nur in Sachsen weiter demoskopischen Auftrieb bekommt und eine derartige strategische Option zunehmend ernsthafter diskutiert wird. Sachsen wäre durchaus ein geeignetes Labor, für einen entsprechenden landespolitischen Feldversuch, der dann in Berlin genau beobachtet würde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte das Referat natürlich nutzen, neben den mehr oder weniger großen politischen Themen natürlich auch auf ein paar innerparteiliche Fragen einzugehen, die heute auf der Tagesordnung stehen. Der Stadtvorstand hatte ja auf dem letzten Stadtparteitag am 20. Juni von Euch mehrere Hausaufgaben übertragen bekommen, die er aus meiner Sicht mit solider Qualität erfüllt hat.

Insbesondere um die Ausarbeitung einer Konzeption für die Zukunftsdebatte haben wir uns viel Gedanken gemacht. Den Löwenanteil der Arbeit für den heute vorliegenden Antrag leistete die AG Zukunft unter Leitung von Adam Bednarsky. Ihm und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern Marco Böhme, Monika Börner, Maritta Brückner, Alexander Krumbholz, Klaudia Naceur und Steffen Rohkohl möchte ich für ihre bisherige Arbeit herzlich danken. Der Euch heute vorliegende Beschlussentwurf wurde bereits zweimal mit den Ortsvorsitzenden besprochen und hat auch schon in einigen Stadtbezirksverbänden einen ersten Praxistest bestanden. Es wurde in diesen Diskussion deutlich, dass das Interesse an der Basis für die Zukunftsdebatte groß ist und wir jetzt dafür die richtigen Veranstaltungsformate finden müssen, einschließlich des Einsatzes eines Fragebogens. Der vorgeschlagene Zeitplan – das wissen wir – ist ehrgeizig, aber nicht illusionär. Wenn wir im Dezember wie geplant starten, können wir Ende des nächsten Jahres etwas Fundiertes auf den Tisch legen. Was noch zu überlegen wäre, wie man diese Zukunftsdebatte in geeigneter Weise mit Ideen und Projekten auf der Bundesebene vernetzt. Ich denke z.B. an das "U35-Programm" von dem Bernd Riexinger auf unserem Stadtparteitag beim letzten Mal gesprochen hat. Es wird offiziell von der Rosa-Luxemburg-Stiftung ausgerichtet und bietet gute Anknüpfungspunkte für die Nachwuchs-Bildungsarbeit in unserem Stadtverband. Neben der Kampagne "Das muß drin sein" ist das ein wichtiger Schritt hin zu einer kämpferischen

Mitgliederpartei, die den Anspruch hat, auch zwischen den Wahlkämpfen in die Gesellschaft einzugreifen.

Zur Beschlussfassung liegen Euch heute auch die Änderungsanträge für die Satzung und eine neue Finanzordnung für den Stadtverband vor. Fast ein Jahr hat die vom Stadtvorstand berufene Satzungskommission unter Leitung von Micha Lauter engagiert geackert. Weitere Mitglieder waren Alexej Danckwardt, Barbara Dittrich, Beate Ehms, Dr. Helga Hartwig und Steffen Soult. Diesen sechs beteiligten Genossinnen und Genossen möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich für ihre gewiss nicht leichte Arbeit danken. Es war sicher hilfreich, dass sich darunter eine Juristin und zwei Juristen befanden. Am 5. Februar 2015 hatte die Satzungskommission ihre Arbeit aufgenommen und insgesamt in sechs Sitzungen bis Anfang Juni beraten und entschieden. Die Satzungsmitglieder haben darüber hinaus einzeln mit Mitgliedern des Stadtverbandes beraten bzw. den Satzungsentwurf in Basisorganisationen vorgestellt. Der Abschnitt Öffentlichkeitsarbeit wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Pressesprecher Kay Kamieth erarbeitet. Außer den Beratungen gab es unter den Mitgliedern einen regen Kommunikation und Austausch von Arbeitsschritten per E-Mail, der sehr zur konstruktiven Arbeit in den Beratungen beigetragen hat. Neben regelmäßiger Berichterstattung über die Arbeit im Stadtvorstand hat dieser den Satzungsentwurf einmal komplett beraten und mit Veränderungen bestätigt. Darüber hinaus hat die Satzungskommission in einer Beratung im August die

Finanzordnung in enger Zusammenarbeit mit der Schatzmeisterin Elke Gladytz und der Vorsitzenden der Finanzrevisionskommission Ursula Kleinhenz überarbeitet. Ich hoffe, dass nachher beide Dokumente sachlich diskutiert und verabschiedet werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr findet heute neben den gewohnten Unterlagen eine Zeitung auf Eurem Platz.

Der eine hat sie noch nie zur Kenntnis genommen, der andere findet „LEIPZIGS NEUE“ seit 23, 10, oder auch 5 Jahren im Briefkasten. So auch heute.

Abonnenten werden bemerken, dass diese Ausgabe, sie umfasst nicht die üblichen 24 Seiten, mit 32 Seiten erscheint. Da die Ausgabe, so ist es durch die Redaktion und den Herausgeberverein mit Mehrheit beschlossen, einen Schlusspunkt setzt. Die Gründe möchte ich hier nicht vortragen, Ihr könnt Sie auf Seite 2 der Zeitung nachlesen.

Fakt ist, der Leipziger Stadtverband unserer Partei hat von Beginn an dieses interessante, mutige Projekt, seit 23 Jahren mit Sympathie begleitet und finanziell unterstützt. Wohl wissend, das wir mit ihm von Hamburg bis Leipzig, von Berlin bis München Leserinnen und Leser erreichen, und auch Nichtparteimitglieder über Leipzig und Sachsen informieren. „Kiosktauglich“, meinte neulich ein Chefredakteur einer nicht unbedeutenden sozialistischen Tageszeitung. LEIPZIGS Neue war immer anders, ja besser, nicht nur im originellen Titelbild, als so viele kleine Zeitungen, die nie die 23 Jahre

Erscheinungsdauer erreicht haben, und verstand sich nie als Partei-Mitteilungsblatt, sondern reflektierte Geschichte, Politik und Kultur, mitunter auch widersprüchlich. Heute liegt eine umfängliche Ausgabe, die auch noch mal tief ins LN-Archiv greift vor Euch. Als erste Infos über ein ENDE durch die „Stille Post“ zur Leserschaft drangen war der Aufschrei groß: Hier wird etwas bei „bester Gesundheit“ beerdigt, formulierten jetzt auch sprachgewaltige Autoren und Leipziger Schriftsteller, die diese Zeitung kennen und schätzen. Keiner ist über diese Lösung glücklich... Argumente findet ihr in einem Brief auf Seite zwei, den der langjährige bisherige Chefredakteur Michael Zock formulierte. Wenn ich jetzt sage: „Die Hoffnung stirbt zuletzt“, dann ist das keine Plattitüde, sondern der Versuch gemeinsam und solidarisch eine Lösung zu finden, die Redaktion schafft es nicht in allen Punkten allein, sondern benötigt Hilfe, in einer komplizierten Situation. Darüber wird in den nächsten Tagen und Wochen hoffentlich zu reden sein. Der Stadtverband Leipzig möchte dass ihm Mögliche beisteuern und kann heute mit dem Finanzplan ein Zeichen setzen - der Ausgang ist allerdings offen. Wir sind und bleiben mit dem engagierten Team in den nächsten Tagen und Wochen im Gespräch.

Die hoffentlich einsetzenden Rettungsbemühungen für „LEIPZIGS NEUE“ sollen natürlich nicht das Engagement für andere wichtige Aufgaben mindern, die ebenfalls in den nächsten Wochen und Monaten vor uns stehen. Dazu zählt u.a. die Fortsetzung der Kampagne gegen prekäre Lebens- und

Arbeitsverhältnisse "Das muss drin sein", die im Dezember in die dritte und damit letzte Aktionswoche in diesem Jahr geht. Unser Stadtverband setzt dazu jetzt die Schwerpunkt-Themen Stromabschaltungen und Kinderarmut. Während der ersten Dezemberwoche wird auf die dramatische Situation der weiter zunehmenden Kinderarmut in Leipzig und die unverändert sachsenweit höchste Quote für Stromabschaltungen in unserer Stadt aufmerksam gemacht. An mobilen Infoständen oder mit dem Lastenfahrrad werden dazu Postkarten mit kleinen Kerzen zum Thema Stromabschaltung und Postkarten mit kleinen Weihnachtsmännern zum Thema Stromabschaltung an die Bürgerinnen und Bürger verteilt, um gerade in der Weihnachtszeit daran zu erinnern, dass nicht alle Strom und Geld für eine Weihnachtsgans haben und manche Kinder das Fest sogar ohne Geschenke feiern müssen.

Angesichts des bevorstehenden Festes möchte ich am Ende des Referates gerade hier in diesem Hause daran zu erinnern, dass die Weihnachtsgeschichte auch von Flucht und Vertreibung handelt. Im Matthäusevangelium wird berichtet, wie Maria und Josef mit ihrem Neugeborenen nach Ägypten fliehen mussten, weil Herodes, der König von Judäa, dem Kind nach dem Leben trachtete. Später fanden sie ihr Glück zu dritt in Nazareth. Möge uns diese Botschaft in den nächsten Wochen bis zu den Feiertagen begleiten und in unserem Handeln motivieren.

Ich danke ganz herzlich für Eure Aufmerksamkeit.